

Robert McMahon: Heiße Kriege im Kalten Krieg | Marc Frey: Die Vereinigten Staaten und die Dritte Welt im Kalten Krieg | Roger E. Kanet: Sowjetische Militärhilfe für nationale Befreiungskriege | Jon V. Kofas: Die amerikanische Außenpolitik und der griechische Bürgerkrieg 1946–1949 | Dierk Walter: Die Emergencies in Malaya und Kenia 1948–1960 | Bruce E. Bechtol, Jr.: Der Korea-Krieg 1950–1953 | Bernd Greiner: Zur Strategie und Praxis des Abnutzungskrieges in Vietnam 1965–1973 | Amit Das Gupta: Südasien und der Wettbewerb der Supermächte 1954–1972 | Elaine Windrich: Der Kalte Krieg in Südafrika. Von Luanda nach Pretoria 1961–1989 | David N. Gibbs: die Hintergründe der Invasion in Afghanistan 1979 | James S. Corum: Der Bürgerkrieg in El Salvador 1980–1992 | Brad Simpson: Indonesiens Kolonialkrieg in Osttimor 1975–1999 | Henner Fürtig: Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988 | Thomas Scheben: Ägypten im Kalten Krieg | Piero Gleijeses: Kuba in Afrika 1975–1991 |

Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hg.)

Heiße Kriege im Kalten Krieg



Hamburger
Institut für
Sicherheitsstudien
Edition



Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.)

Heiße Kriege im Kalten Krieg

Studien zum Kalten Krieg
Band 1

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.Hamburger-Edition.de

© E-Book 2011 by Hamburger Edition
E-Book-Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde
ISBN: 978-3-86854-503-6

© der Printausgabe 2006 by Hamburger Edition
ISBN: 978-3-936096-61-3
Redaktion: Jörg Später
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns
Karten: Peter Pal, Berlin
Satz aus der Sabon von Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

BERND GREINER/CHRISTIAN TH. MÜLLER/DIERK WALTER Einleitung	7
Einführungen	
ROBERT J. MCMAHON Heiße Kriege im Kalten Krieg	16
MARC FREY Die Vereinigten Staaten und die Dritte Welt im Kalten Krieg	35
ROGER E. KANET Sowjetische Militärhilfe für nationale Befreiungskriege	61
Fallstudien	
JON V. KOFAS Die amerikanische Außenpolitik und der griechische Bürgerkrieg 1946–1949	86
DIERK WALTER Kolonialkrieg, Globalstrategie und Kalter Krieg. Die <i>Emergencies</i> in Malaya und Kenia 1948–1960	109
BRUCE E. BECHTOL, JR. Paradigmenwandel des Kalten Krieges. Der Koreakrieg 1950–1953	141
BERND GREINER Die Blutpumpe. Zur Strategie und Praxis des Abnutzungskrieges in Vietnam 1965–1973	167
AMIT DAS GUPTA Südasiens und der Wettbewerb der Supermächte 1954–1972	239
ELAINE WINDRICH Der Kalte Krieg in Südafrika. Von Luanda nach Pretoria 1961–1989	273
DAVID N. GIBBS Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979	291

JAMES S. CORUM Der Bürgerkrieg in El Salvador 1980–1992	315
BRAD SIMPSON Indonesiens Kolonialkrieg in Osttimor 1975–1999	339
HENNER FÜRTIG Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988	376
THOMAS SCHEBEN Ein Bündnis mit begrenzter Haftung. Ägypten im Kalten Krieg	408
BRUCE KUNIHOLM Die Nahostkriege, der Palästinakonflikt und der Kalte Krieg	442
PIERO GLEIJESES Kuba in Afrika 1975–1991	469
Zu den Autorinnen und Autoren	511

Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter

Einleitung

Für den größten Teil der nördlichen Hemisphäre war die Ära des Kalten Krieges (1945–1989) eine Phase des Friedens – wenigstens formal. Zwar war es ein Frieden im Schatten der drohenden atomaren Weltvernichtung; ein Frieden, der, allgemeiner zeitgenössischer Perzeption zufolge, gerade durch die Garantie der gegenseitigen nuklearen Vernichtung im Falle einer außer Kontrolle geratenden Konfrontation der feindlichen Blöcke erzwungen wurde. Es war auch ein Frieden, der, paradoxerweise, mit einer materiellen, personellen und ideologisch-mentalenen Hochrüstung einherging, die in der Geschichte für vergleichbar lange Phasen ohne tatsächliche militärische Konfliktaustragung ihresgleichen sucht. Jahrzehntlang unterhielten die Großmächte, aber eben auch die minderächtigen Länder beider Blöcke, Streitkräfte, die nach Umfang und Mobilisierungsgrad zumindest dem Anspruch nach permanent kriegsbereit waren. Die Verteidigungshaushalte selbst kleinerer Staaten verschlangen Jahr für Jahr Anteile an den Staatsausgaben, die in früheren Friedenszeiten unerhört gewesen wären. Zu Lande, zu Wasser, in der Luft und schließlich im Weltall tobte ein Rüstungswettlauf um den jeweils kleinsten technologischen Vorsprung, der nur durch die wiederholte kurzfristige und kostenintensive Umrüstung auf jeweils neueste Militärtechnologie gewinnbar schien. In vielen Ländern, die sonst in Friedenszeiten keine Wehrpflicht kannten, brachte der größte Teil der jungen Männer teilweise mehrere Jahre in Kasernen zu, und das in Zeiten der Vollbeschäftigung. Nicht zuletzt führte die Blockkonfrontation zu einem auf Dauer gestellten inneren Abwehrezustand, einer Art Kriegsrecht im Frieden. Medien, Wissenschaft und Kultur wurden für die offensive Auseinandersetzung mit der jeweils anderen Ideologie mobilisiert. Eine tatsächliche oder auch nur unterstellte Kooperation mit dem außenpolitischen Gegner, im Sprachgebrauch der Zeit auch ganz ungewollt als »Feind« bezeichnet, wurde zumindest phasenweise in Kategorien des schweren Hoch- und Landesverrats interpretiert und mit einer Härte bestraft, die bis dahin nur in Kriegszeiten üblich war. Kurz, es standen sich im Kalten Krieg zwei hochgerüstete Blöcke gegenüber, die sich ganz so benahmten, als befänden sie sich trotz des Friedenszustandes, der rein völkerrechtlich herrschte, permanent im Krieg.

Nicht dass in diesem »Krieg« nicht trotzdem auch geschossen worden wäre und Soldaten (und Zivilisten) gestorben wären. Es gab viele Fronten, an denen der Kalte Krieg immer wieder kurzfristig und lokal, für eine kleine Zahl von Beteiligten, heiß wurde. Es gab provozierte oder unabsichtliche Unfälle zwischen den in permanentem Alarmzustand befindlichen militärischen Vorposten der gegnerischen Streitkräfte. Es wurden Flugzeuge abgeschossen, es sanken U-Boote. Wirkliche oder vermeintliche Agenten des Feindes wurden liquidiert. Menschen starben beim Versuch, den Eisernen Vorhang zu überwinden, und es gab immer wieder Momente, in denen sich die Truppen beider Blöcke praktisch Auge in Auge gegenüberstanden, in denen der Ausbruch eines heißen und aller Vermutung nach terminalen Krieges nur die paar Millimeter entfernt schien, die den Finger eines Schützen vom Abzug, eines Piloten vom Knopf für die Raketenauslösung trennten. In der Kuba-Krise von 1962 schien der Weltuntergang für die Beteiligten mitunter nur an einem falschen Augenschlag zu hängen.

Und dennoch lebte der allergrößte Teil der Bevölkerungen der nördlichen Hemisphäre unter diesen ungewöhnlichen und welthistorisch einmaligen Begleitumständen ein im Wesentlichen friedliches Leben. Die heißen Kriege des Kalten Krieges nämlich, die als Kriege zu identifizieren man keiner semantischen Transferleistungen bedurfte, fanden jenseits der Kernstaaten der beiden feindlichen Blöcke statt. »Heiß« wurde der Kalte Krieg von allem Anfang an in Übersee, in der Dritten Welt, dort, wo keine oder nur eine geringe Gefahr bestand, dass ein Gewehrschuss mit einer taktischen Nuklearwaffe beantwortet wurde und diese wiederum mit dem strategischen Atomschlag.

Mehr als 150 größere bewaffnete Konflikte sind für die viereinhalb Jahrzehnte nach 1945 gezählt worden, der ganz überwiegende Teil in der Dritten Welt. Beide Blöcke suchten sich ihre Verbündeten in Asien, Afrika und Lateinamerika, brachten sie gegeneinander in Stellung, belieferten sie mit (oft ausgemusterten) Waffen, versorgten sie mit Militärberatern und Ausbildern und hetzten sie in so genannte Stellvertreterkriege – Kriege, in denen die Blockkonfrontation stellvertretend nachvollzogen wurde, in denen der Erfolg oder Misserfolg des lokalen Akteurs als Erfolg oder Misserfolg des großen Bruders in Washington oder Moskau (oder Peking) interpretiert wurde. Die ganze Welt wurde zum Schachbrett eines Nullsummenspiels, in dem letztlich nur die globale Gesamtbilanz zählte.

Zumindest war dies die dominante Perzeption seitens der Kernmächte der beiden Blöcke, die unsere moderne Sichtweise auf bewaffnete Konflikte in der Dritten Welt vor 1989 stark geprägt hat. Aber wird diese

Perspektive der Realität der heißen Kriege, die in der Ära des Kalten Krieges geführt wurden, gerecht? Zweifel sind, aus unterschiedlichen Gründen, angebracht.

Ein großer Teil der heißen Kriege im Kalten Krieg war das direkte Resultat des sich im Wesentlichen zwischen 1947 und 1975 manifestierenden Unabhängigkeitsstrebens der indigenen Bevölkerungen der europäischen Kolonialreiche. Natürlich eigneten sich gerade diese Auseinandersetzungen für die Unterwerfung unter die Logik der ideologischen Frontstellung des Ost-West-Konfliktes. Alle Kolonialmächte waren integraler Teil der westlichen und kapitalistischen Welt; der Kommunismus baute im Gegenzug ganz wesentlich auf eine explizit antiimperialistische Ideologie, die zwangsläufig eine besondere Attraktivität für Befreiungsbewegungen haben musste. Zeitgenössisch sind denn auch Dekolonisationskriege vom Westen gern als genuiner Kampf an der Front des Kalten Krieges verstanden worden. Die kolonialen Befreiungsbewegungen wurden stereotyp mit dem ideologischen Feind Kommunismus identifiziert, der drohende Verlust eines überseeischen Territoriums als Nettogewinn des Ostens im globalen Kampf um die Vorherrschaft verstanden. Dass die kommunistische Ausrichtung kolonialer Befreiungsbewegungen fast immer situativ und instrumental, oft recht oberflächlich und teilweise offensichtlich nichtexistent war, dass selbst eine unverhüllt kommunistische Ideologie noch nicht zwangsläufig mit der Fernsteuerung durch Moskau gleichzusetzen war, wurde dabei mitunter entweder propagandistisch unterschlagen oder im Zeichen des von *worst case*-Szenarien bestimmten Scheuklappendenkens einfach übersehen.

Tatsächlich waren eben Kriege um die Unabhängigkeit kolonialer Herrschaftsgebiete nicht selten zunächst genau das, was sie vorgaben zu sein, und nicht das, was der ideologische Subtext suggerierte, den die Protagonisten des Kalten Krieges in sie hineinprojizierten. Sowenig sich die europäische Präsenz in der Dritten Welt primär als Resultat des Kalten Krieges erklären lässt – schon allein nicht, weil sie auf frühere Jahrhunderte zurückging –, so wenig ist der Kampf um ihre Ablösung durch neue Nationalstaaten automatisch und in jedem Falle ein Element der Blockkonfrontation gewesen. Für die europäischen Mächte standen in Dekolonisationskriegen nicht selten primär die Faktoren auf dem Spiel, um die es schon bei der Aufrichtung der Kolonialherrschaft gegangen war – um Wirtschaftsbeziehungen, die ausschließliche Verfügung über Rohstoffe und Absatzmärkte sowie nicht zuletzt um globalstrategische Paradigmen wie die Sicherung von Stabilität in der Region, die Offenhaltung von Seewegen oder schlechterdings um den strategischen Zugang zu peripheren Gebieten. Für die lokalen Akteure wiederum ging es

in Befreiungskriegen zunächst um die Aneignung von Schlüsselstellungen und Machtmitteln, die Ausschaltung politischer Gegner, die Entscheidung über die ethnische und/oder religiöse Kräftebalance in einem neuen Staat. Ideologie, oder ihre Manifestation im globalen Konflikt zwischen Ost und West, war für die Akteure beider Seiten nicht selten nur ein Postskriptum, eine instrumentelle Erwägung, eine außen- oder innenpolitisch schlagkräftige Unterfütterung und Legitimation einer oft ganz anders motivierten Frontstellung.

Noch viel mehr galt dies natürlich für regionale Konflikte, in denen die Fronten nicht zwischen einer westlichen Kolonialmacht und lokalen Akteuren verliefen. In den zahlreichen Regional-, Grenz- und Bürgerkriegen in der Dritten Welt während des Kalten Krieges war die ideologische Überformung durch die globale Blockkonfrontation nicht selten nur oberflächlich, kaschierte kaum die rein lokalen Ursachen, Strukturen und Logiken des Konfliktes. Dies hat sich eindrücklich nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation gezeigt, als diese Kriege nämlich mehrheitlich mit unverminderter Intensität fort dauerten, obwohl ihnen, wären sie reine »Stellvertreterkriege« gewesen, doch mit der ideologischen und machtpolitischen Frontstellung in der nördlichen Hemisphäre auch der tiefere Sinn oder doch wenigstens die Legitimität abhanden gekommen sein sollte. Hingegen haben die Vormächte des Kalten Krieges in der nördlichen Hemisphäre mit materieller, finanzieller und personeller Unterstützung lokaler Akteure häufig dazu beigetragen, regionale Konflikte zu intensivieren und auf Dauer zu stellen. Im Zweifel war aus der Sicht der Supermächte ein permanenter Konflikt in der Dritten Welt einer Konfliktlösung vorzuziehen, von der etwa der ideologische Gegner profitieren hätte können.

Es lohnt sich also ein genauerer Blick auf die heißen Kriege im Kalten Krieg. Diesem Blick ist der vorliegende Band gewidmet. Er fragt nach dem relativen Gewicht der ideologischen und politischen Konfrontation des Kalten Krieges für größere Gewaltkonflikte jenseits des Kernbereiches der nördlichen Hemisphäre, verglichen mit anderen Konfliktlogiken. Zu diesen gehören in erster Linie (1) die imperiale Struktur der Beziehung zwischen einer Kolonialmacht und politischen Entitäten an der Peripherie von Imperien; (2) globalstrategische Faktoren, die dem Engagement von Großmächten in Regionalkonflikten zugrunde liegen konnten und die vom globalen ideologischen Konflikt weitgehend losgelöst waren; (3) regionale und lokale Ursachen, Strukturen und Logiken von bewaffneten Auseinandersetzungen.

In 13 Fallstudien werden unter dieser Fragestellung lokale und regionale Kriege der Jahre 1945 bis 1989 analysiert. Drei längere chronolo-

gische Überblicke widmen sich einleitend einerseits dem globalen Blick sowie andererseits dem der beiden Supermächte USA und Sowjetunion auf das Gesamtproblem der heißen Kriege im Kalten Krieg. Die Fallstudien hinterfragen in erster Linie die Qualität und Struktur der Konfliktlogik im Einzelfall. Wo Faktoren des Kalten Krieges eine wesentliche Rolle für die Konstellation und den Verlauf eines Gewaltkonfliktes spielten, analysieren die Beiträge deren Bedeutung im Vergleich zu anderen Determinanten. Es wird gefragt, ob und inwieweit verschiedene Konfliktlogiken gleichzeitig auftreten oder im Konfliktverlauf einander ablösen konnten, und was jeweils die Bedingungen dafür waren. Die Analyse dieser Faktoren am Einzelfall und darüber hinaus ist nach Auffassung der Herausgeber ein wesentlicher Schritt zum Verständnis von heißen Kriegen im Kalten Krieg.

Für die Auswahl der Fallbeispiele war dabei die begründete Vermutung eines »Anfangsverdachts« ausschlaggebend. Es ist sicher unstrittig, dass es zahlreiche lokale und regionale Konflikte zwischen 1945 und 1989 gegeben hat, sogar mit Beteiligung von Großmächten, bei denen der Verdacht einer Bedingtheit durch die globale Blockkonfrontation nahezu absurd wäre, etwa der »Fußballkrieg« zwischen El Salvador und Honduras 1969 oder der britisch-argentinische Konflikt über die Falklandinseln 1982. Interessant waren für die Herausgeber diejenigen heißen Kriege, bei denen die Verortung im Kalten Krieg oberflächlich betrachtet besonders nahe liegend schien, sich aber dann bei genauerer Analyse als eher fragwürdig herausstellte – oder umgekehrt.

Ein ausdrückliches Anliegen des Bandes besteht darin, die in der öffentlichen Wahrnehmung des Kalten Krieges, zumal retrospektiv, dominante Logik eines bilateralen globalen Konfliktes zweier nahezu monolithischer Blöcke aufzubrechen. Besonderes Augenmerk schenken die Beiträge daher der Rolle lokaler, regionaler und mindermächtiger globaler Akteure wie der Beinahe-Weltmacht Großbritannien. Dies rechtfertigt sich nicht zuletzt aus der dominanten Rolle, die das Vereinigte Königreich als größte Kolonialmacht der Erde in den Dekolonisationskriegen nach 1945 gespielt hat. Die Herausgeber sind der Auffassung, dass jede Interpretation des Kalten Krieges als im Wesentlichen statische Blockkonfrontation dem Verständnis der Ursachen und Verläufe lokaler und regionaler Konflikte massiv im Wege steht. Es geht daher vor allem auch darum, die Facetten, Handlungsspielräume und Dynamiken multilateraler Konfliktkonstellationen, global und lokal, auszuleuchten. Ganz besonders gilt dies für Konflikte, in denen die Einflussnahme der Weltmächte auf die Handlungsspielräume der Akteure vor Ort unübersehbar war. Das Bild im Wesentlichen von den Launen der Weltmächte abhän-

giger lokaler Klienten in den so genannten Stellvertreterkriegen hält, bei allem offensichtlichen Machtgefälle zwischen dem »großen« und dem »kleinen Bruder«, einer näheren Überprüfung im Einzelfall oft nicht stand. Ganz im Gegenteil stellt sich oft genug heraus, dass die Macht der »Schwachen«, beinahe nach Belieben die Seiten zu wechseln, häufig ausreichend war, um ihnen eine immense Handlungsfreiheit und ein äußerst wirksames Mittel, den »Starken« Zugeständnisse abzupressen, an die Hand zu geben. Dies umso mehr, als es den Blockmächten zunehmend wichtig war, ihre politische und militärische Position an keinem Ort der Welt in Frage stellen zu lassen, ja gar nicht erst in den Verdacht zu kommen, sie würden ihre Schutzbefohlenen im Stich lassen. Unter den Umständen einer solchen »Glaubwürdigkeitsfalle« war das Verhalten der Weltmächte für die Akteure an der Peripherie beruhigend berechenbar, und sie gegeneinander auszuspielen bedurfte keines besonderen diplomatischen Geschicks. Die Untersuchung der Ausnutzung dieser Handlungsspielräume durch lokale Akteure, die es einem beliebten, wenn auch nicht besonders schmeichelhaften Bild zufolge mitunter dem Schwanz erlaubte, mit dem Hund zu wedeln, ist ein wichtiger Aspekt der Beiträge dieses Bandes.

Über die Analyse der Konfliktstrukturen und Interessenkonstellationen soll allerdings der Charakter der kriegerischen Auseinandersetzung selbst nicht vergessen werden. Die Autoren untersuchen daher auch, welche Konsequenzen die ideologische Konfrontation des Kalten Krieges für die Kriegführung vor Ort hatte. War sie ursächlich für das Verhalten der Kombattanten im Gefecht, für die Geltung oder Missachtung von kriegsvölkerrechtlichen Normen, für die Behandlung der Zivilbevölkerung durch die Kämpfenden? Was waren die Folgen, unmittelbar und vor allem langfristig, für die betroffenen Gesellschaften? Nicht zuletzt: Was waren die gesellschaftlichen Kriegskosten, gemessen in toten und verwundeten Soldaten und Zivilisten, in der Destabilisierung und Aushöhlung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Systeme und in der Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen?

Der vorliegende Band geht auf Beiträge der vom 19. bis 22. Mai 2004 vom Hamburger Institut für Sozialforschung veranstalteten internationalen Konferenz »Hot Wars in the Cold War« zurück. Es war die zweite Konferenz im Rahmen der seit 2002 am Institut etablierten Konferenzreihe »Zwischen Totalem Krieg und Kleinen Kriegen. Studien zur Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges«, mit der das Ziel verfolgt wird, jenseits der eingefahrenen Geleise der Diplomatie-, Politik- und Militärgeschichte die Epoche des Kalten Krieges hinsichtlich der Wechsel-

wirkungen zwischen zivilen und militärischen Welten, von Innen- und Außenpolitik, von Sicherheitsstrategie und Wirtschaftspolitik, von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, von politischen »Großwetterlagen« und Mentalitäten – um nur einige Beispiele zu nennen – zu untersuchen. Kennzeichnend ist dabei eine vergleichende Perspektive, bei der neben den Supermächten USA und Sowjetunion auch mindermächtige regionale und lokale Akteure die ihnen gebührende Beachtung finden.

Für die Publikation wurden die auf der Tagung gehaltenen Vorträge überarbeitet und durch einige Beiträge ergänzt. An dieser Stelle ist es den Herausgebern eine angenehme Pflicht, all jenen zu danken, die die Entstehung dieses Buches mit Rat und Tat begleitet haben – vor allem den Referenten und Teilnehmern der Konferenz, ohne deren wissenschaftliche Expertise und professionelle Kooperation dieser Band nicht zustande gekommen wäre.

Hamburg, im September 2005

Einführungen

Robert J. McMahan
Heiße Kriege im Kalten Krieg

Zum Kalten Krieg gehört ein zentrales Paradox. Während mit dem Kalten Krieg für Europa die längste ununterbrochene Friedenszeit seiner jüngeren Geschichte begann, erlebten Asien, Afrika und der Nahe Osten im selben Zeitraum immer neue und zunehmend gewaltsame Konflikte. Man schätzt die Zahl der Kriegstoten in den Jahren 1945 bis 1990 auf weltweit 20 Millionen, davon entfällt aber nur etwa ein Prozent, nämlich 200000 Opfer, auf die nördliche Hemisphäre – alle übrigen starben in den zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen, von denen die südliche Hemisphäre erschüttert wurde.¹

Ist der dauerhafte Frieden in Europa, wie es John Lewis Gaddis und andere überzeugend behauptet haben, die unmittelbare Folge einer durch das Machtgleichgewicht zwischen Ost und West erzwungenen Stabilität gewesen, dann stellt sich die Frage, in welchem Maße Logik und Struktur des Kalten Krieges die Konflikte dieser Ära in der Dritten Welt direkt oder indirekt förderten, zum Ausbruch brachten oder verschärften.² Und spielte diese Logik und Struktur eine Rolle als eigenständiger Faktor in den Fällen militärischen Eingreifens der USA, der Sowjetunion oder europäischer Staaten in einige dieser Auseinandersetzungen?

Nach meiner Auffassung bestand von 1945 bis 1990 zwischen dem Kalten Krieg und den heißen Kriegen in der Dritten Welt ein deutlicher konstitutiver, wenngleich in kaum einem Fall unmittelbarer oder gar ursächlicher Zusammenhang. Die Feindseligkeiten waren von zahlreichen anderen Faktoren weit mehr bestimmt: von der Dekolonisierung und den aus ihr folgenden Konflikten, von ungelösten Grenzfragen, lokalem und regionalem Machtstreben, ethnischen und religiösen Spannungen, nationalen Machtkämpfen, Streit um Ressourcen und den Problemen, die sich aus der Rolle westlicher Unternehmen in der Dritten Welt ergaben. In beinahe jedem bedeutenden Konflikt wirkte der Kalte Krieg jedoch als Katalysator, indem er den lokalen Akteuren Handlungsräume eröffnete oder

-
- 1 David S. Painter, Explaining U.S. Relations with the Third World, in: *Diplomatic History*, 19 (Sommer 1995), S. 525.
 - 2 John Lewis Gaddis, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*, New York 1987.

begrenzte, einen bestehenden Konflikt verschärfte, verlängerte und internationalisierte oder auch verkürzte und einer diplomatischen Lösung zuführte. Auf diese Weise war der Kalte Krieg in fast jedem großen Konflikt in der Dritten Welt präsent: von den ersten antikolonialen Aufständen im französischen Indochina, im niederländischen Ostindien und im britischen Malaya bis zu den Unabhängigkeitskriegen in Algerien, im Kongo und Angola; von den Interventionen der Großmächte in den koreanischen und vietnamesischen Bürgerkrieg – die bei weitem blutigsten Auseinandersetzungen der Ära – bis zur Suez-Krise von 1956 und der sowjetischen Besetzung Afghanistans in den 1980er Jahren; nicht zu vergessen die verdeckte Einmischung der USA im Iran, in Guatemala, Indonesien, Kuba, El Salvador, Nicaragua und anderenorts. Aus dem Verlauf und der Beendigung dieser Konflikte ist der Kalte Krieg nicht wegzudenken.

Schon 1950, mit dem Beginn des Koreakriegs, war das traurige Schicksal der Dritten Welt besiegelt, als wichtigstes Schlachtfeld des Kalten Krieges zu dienen – dabei blieb es bis zum Ende der 1980er Jahre. Allerdings wäre es auch eine kontrafaktische Überlegung wert, ob die internationale Machtstruktur des Kalten Krieges nicht vielleicht eine ganze Reihe von weiteren möglichen Kriegen verhindert hat. Einige Experten sind zum Beispiel der Ansicht, dass die ethnischen Konflikte in Jugoslawien ohne das Machtgleichgewicht zwischen Ost und West schon viel früher aufgebrochen wären. Ähnliche Vermutungen ließen sich auch für eine Reihe von Regionen in der Dritten Welt anstellen: Das System des Kalten Krieges hätte vermutlich Saddam Hussein davon abhalten können, 1990 das Risiko eines Überfalls auf Kuwait einzugehen. Doch das sind nachträgliche Spekulationen. Entscheidend bleibt, dass bei der Betrachtung der Konflikte in der Dritten Welt, die von 1945 bis 1990 tatsächlich stattfanden, ein deutlicher Zusammenhang zwischen Kaltem Krieg und diesen heißen Kriegen offenbar wird.

Die Entstehung der Dritten Welt

Die Herausbildung einer Dritten Welt, Resultat mörderischer Kämpfe um die Dekolonisierung, fiel nicht nur zufällig in die Ära des Kalten Krieges, vielmehr war der Kalte Krieg an deren Gestaltung beteiligt. Sogar der Begriff »Dritte Welt« ergab sich aus dem Kräftemessen zwischen den USA und der Sowjetunion: Anfang der 1950er Jahre begannen französische Journalisten, den Ausdruck »Le Tiers monde« zu gebrauchen, und nach der legendären Bandung-Konferenz von afrikanischen und asiatischen Staaten im April 1955 war diese Wortschöpfung endgültig

eingeführt – als ein Schlagwort für die armen, nichtweißen und keinem der feindlichen Blöcke zugehörigen Regionen der Welt. Ursprünglich meinte Dritte Welt also einfach den Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, zwischen der so genannten Ersten und Zweiten Welt. Man sollte nicht vergessen, dass die Idee einer Dritten Welt erst aus der ideologischen Konkurrenz zweier Supermächte um die globale Vorherrschaft entstanden ist. Ohne den Kalten Krieg besäßen wir heute wohl kaum den Begriff der Dritten Welt.

In der neueren internationalen Geschichte spielt der Aufstieg dieser Dritten Welt eine definierende Schlüsselrolle. »Mit kleinen Abstrichen kann man die Geschichte der Nachkriegszeit durchaus als die Ära der Dritten Welt bezeichnen«, meint der Historiker H. W. Brands.³ Im Verlauf der 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg befreiten sich viele Regionen in Asien, Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten von den Fesseln der Kolonialzeit und des Neokolonialismus: Sie formulierten ihre nationalen Ansprüche, kämpften für wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit, und sie etablierten sich, zunehmend erfolgreich, als neue Akteure auf dem internationalen Parkett. Weltgeschichtlich gesehen bedeutete der Aufstieg der Dritten Welt eine grundsätzliche – und in dieser Form in der Moderne nie da gewesene – Kampfansage gegen den Anspruch des Westens auf globale Vorherrschaft und natürlich ebenso gegen die Ziele beider Großmächte in der Nachkriegsära. »Wir werden auf eigenen Füßen stehen«, erklärte Indiens Ministerpräsident Dschawaharlal Nehru im März 1947. »Wir wollen nicht der Spielball fremder Mächte sein.«⁴ Auf der Bandung-Konferenz von 1955 fehlte es nicht an Aufrufen zur Bildung einer unabhängigen Union der Staaten der Dritten Welt, die keinem der beiden Machtblöcke angehören sollte. Der indonesische Staatspräsident Sukarno erklärte in seiner mitreißenden Eröffnungsansprache:

»Wir, die Völker Asiens und Afrikas, stellen über die Hälfte der Weltbevölkerung, 1,4 Milliarden Menschen stark. Der Minderheit, die auf den übrigen Kontinenten lebt, können wir jetzt deutlich machen, dass wir, die Mehrheit, gegen den Krieg und für den Frieden sind und alle Macht, die uns zuwachsen mag, stets für den Frieden einsetzen werden.«⁵

3 H. W. Brands, *The Specter of Neutralism. The United States and the Emergence of the Third World, 1947–1960*, New York 1989, S. 1f.

4 Zit. nach Dennis Merrill, *Bread and the Ballot. The United States and India's Economic Development, 1947–1963*, Chapel Hill 1990, S. 15.

5 Zit. nach George McTurnan Kahin, *The Asian-African Conference. Bandung, Indonesia, April 1955*, Ithaca, NY, 1956.

Für die beiden Supermächte bedeutete dieser Zusammenschluss von Staaten zu einem neuen, kraftvollen und künftig vielleicht machtvollen Block in der internationalen Politik natürlich eine Herausforderung – aber zugleich eröffneten sich damit interessante Möglichkeiten. Washington und Moskau hatten in der Dritten Welt außerordentlich viel sowohl zu gewinnen als auch zu verlieren: Amerikanische wie sowjetische Strategen sahen die Entwicklungsländer als ein Terrain, in dem es Interessen wahrzunehmen und grundlegende strategische, wirtschaftliche und politische Ziele zu verfolgen galt. Wohin sich diese Staaten letztlich orientieren würden, schien die entscheidende Frage im ideologischen Wettstreit zwischen Kapitalismus und Sozialismus. In den 1950er Jahren wurde dieser riesige Teil der Welt als bestimmender Faktor für das globale militärische, wirtschaftliche und ideologische Gleichgewicht begriffen – und so überrascht es nicht, dass die meisten Ost-West-Krisen dieser Ära ihren Ursprung in der Dritten Welt hatten, eingeschlossen jene Konflikte (mit der Ausnahme der Berlin-Krise), die zu einer direkten Konfrontation der Supermächte zu eskalieren drohten. Alle Kriege jener Zeit, in denen Truppen der USA und der Sowjetunion zum Einsatz kamen, fanden in Ländern der Dritten Welt statt.

Die Interessen der Vereinigten Staaten

Während – und vor allem wegen – des Kalten Kriegs begannen die Vereinigten Staaten, sich deutlich stärker für die Dritte Welt zu interessieren und ihre Kontakte zu den Staaten zu intensivieren, die ihr angehörten. Wirtschaftliche, geostrategische, politische, ideologische und auch psychologische Faktoren spielten eine Rolle. Die Dritte Welt wurde zum wichtigsten Schauplatz der US-Außenpolitik. Man hatte aus dem Zweiten Weltkrieg und der nachfolgenden sowjetisch-amerikanischen Konfrontation gelernt und legte entschieden mehr Gewicht auf die Verfolgung der seit langem bestehenden nationalen Interessen bezüglich der Rohstoffressourcen und Märkte in den Entwicklungsländern. In den Planungsstäben der USA wusste man sehr genau, welche Bedeutung den Ressourcen dieser Gebiete in den deutschen und japanischen Strategien zur Erlangung der Weltherrschaft zugekommen war: Die Eroberung rohstoffreicher Regionen hatte die Achsenmächte wirtschaftlich und militärisch gestärkt und sollte der Schlüssel zu einer globalen Kriegführung sein. Wie sehr die Vereinigten Staaten auf Südostasien angewiesen waren, wurde schmerzlich deutlich, als die Japaner wichtige Regionen der Zinnförderung und Kautschukerzeugung besetzt hatten – sofort zeigten

sich Engpässe in der verarbeitenden Industrie der USA. Die wichtigste Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg bestand für die westlichen Strategen allerdings wohl in der Einsicht, dass die moderne Kriegführung entscheidend vom Zugriff auf Ölressourcen abhing – und die Lagerstätten befinden sich nun einmal vorwiegend unter dem Territorium und den Seegebieten von Staaten der Dritten Welt. Damit war klar, dass engen ökonomischen Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den wichtigsten Erzeugerländern in der Dritten Welt große Bedeutung zukam. Diese Beziehungen neu zu knüpfen gehörte zum Programm des weltweiten wirtschaftlichen Aufschwungs, das sich die USA in der Nachkriegszeit auf die Fahnen geschrieben hatten.

Die Einmischung der USA in Konflikte der Dritten Welt folgte weitgehend diesem Muster. Man war überzeugt, dass diese Länder im Kalten Krieg eine entscheidende Rolle spielten. Von Harry S. Truman bis Ronald Reagan versuchten die amerikanischen Regierungen, die Übernahme wichtiger Märkte und Rohstoffquellen durch die Sowjetunion zu verhindern, die ihr, nach dem Vorbild Japans und Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, bedeutende wirtschaftliche und militärische Vorteile verschafft und den Westen entsprechend geschwächt hätten. Für den Fall einer Krise, die den Kalten in einen heißen Krieg hätte umschlagen lassen, hatten die USA schon in der frühen Nachkriegszeit Verteidigungspläne ausgearbeitet, in denen Militärstützpunkte im Nahen Osten unverzichtbar waren: Von dort wollte man Luftangriffe und Atomschläge auf die strategischen Zentren der Sowjetunion führen. All diese ökonomischen und strategischen Prämissen waren integraler Bestandteil des Konzepts der nationalen Sicherheit der USA. In einem Memorandum des Nationalen Sicherheitsrats vom April 1950 (NSC 68) werden als die zwei grundlegenden – und sich ergänzenden – Ziele der US-Politik die »Eindämmung« des sowjetischen Einflusses und der »Aufbau einer gesunden internationalen Ordnung« genannt.⁶ Dass beide Absichten ohne die Dritte Welt nicht zu verwirklichen waren, dürfte erklären, warum die USA in der Ära des Kalten Krieges immer wieder in Ländern Asiens, Afrikas, des Mittleren Ostens und Lateinamerikas intervenierten.

6 Siehe den Wortlaut in Ernest R. May (Hg.), *American Cold War Strategy. Interpreting NSC 68*, Boston 1993, S. 21–81.

Die Interessen der Sowjetunion

Auch die Sowjetunion begann während – und fast ausschließlich wegen – des Kalten Kriegs, sich deutlich stärker für die Dritte Welt zu interessieren und ihre Kontakte zu Staaten und Bewegungen zu intensivieren, die ihr angehörten. In den frühen Jahren des Kalten Kriegs sah Josef Stalin das sowjetische Vordringen in die Dritte Welt als geeignetes Mittel, das eigene Lager zu stärken und den Westen zu schwächen. Die in vielen Ländern aufkommenden antikolonialen Aufstandsbewegungen unter kommunistischer Führung erhielten Ermutigung und diplomatische Unterstützung, in manchen Fällen auch direkte Hilfe – die Sowjetunion drängte zum Beispiel China, damals von Mao Zedong geführt, prokommunistische Erhebungen in Südostasien mit Nachschub und Militärberatern zu versorgen. Stalin versuchte auch, zu den überall in der Dritten Welt gegründeten populären kommunistischen Parteien ähnlich gute Kontakte zu etablieren wie zu den starken kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien und anderen westeuropäischen Ländern. Im Rahmen der bestehenden ideologischen Orientierungen boten sich der Führung in Moskau damit neue Möglichkeiten vor Ort, prowestliche Regime zu unterminieren und den eigenen Einfluss gleichzeitig auszuweiten.

Ein klassisches Beispiel für dieses Vorgehen ist die Anerkennung der von Ho Chi Minh geführten Demokratischen Republik Vietnam im Januar 1950 durch Moskau und Peking. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen folgte die aktive Unterstützung des Vietminh-Aufstands durch China. Natürlich weiß man heute auch, in welchem Maße Stalin und Mao die Versuche des nordkoreanischen Führers Kim Il Sung förderten und ermutigten, im Juni 1950 das von den USA gestützte Süd-Korea zu erobern. In beiden Fällen zeigt sich, dass die beiden kommunistischen Mächte damals sehr wohl bereit waren, in der Verfolgung ihrer strategischen und ideologischen Interessen einen ernstesten Ost-West-Konflikt in der Dritten Welt in Kauf zu nehmen oder gar zu schüren.⁷

Unter Nikita Chruschtschow unternahm der Kreml verstärkte Anstrengungen, seine Beziehungen zu den neuen Staaten in der Dritten Welt und zu aufständischen Bewegungen zu festigen. Allerdings bewies Chruschtschow Pragmatismus und diplomatisches Geschick, indem er auch engere Verbindungen zu nichtkommunistischen Regime in der Dritten Welt suchte – vor allem zu den blockfreien Ländern. Die oppositionellen kommunistischen Parteien in wichtigen Staaten wie Indien

7 Vgl. Sergei Goncharev/John W. Lewis/Xue Litai, *Uncertain Partners. Stalin, Mao and the Korean War*, Stanford 1993.

oder Ägypten mussten dafür eine gewisse Distanzierung von Seiten Moskaus hinnehmen. In diesem politischen Kurswechsel zeigte sich die Auffassung der poststalinistischen Führung, dass die Sowjetunion ihre globale Position durch gute Kontakte zu den Ländern der Dritten Welt verbessern könne – selbst durch Annäherung an Regime, die Stalin noch als hoffnungslos bourgeois eingeschätzt hatte. Chruschtschow war risikobereit und opportunistisch genug, um die vielfältigen Chancen einer solchen Abkehr von der stalinistischen Orthodoxie zu erkennen. Die ideologische Verhärtung in der Vergangenheit hatte dem Westen gestattet, in großen Teilen der Dritten Welt die Führung zu übernehmen, was zur Einkreisung der Sowjetunion durch USA-initiierte Bündnissysteme wie den Bagdad-Pakt und den Südostasien-Pakt (SEATO) geführt hatte. Chruschtschow glaubte, viele der neu etablierten Staaten durch großzügige Wirtschaftshilfe und günstige Handelsabkommen gewinnen und in ihrer Politik der Neutralität bestärken zu können. Auf diese Weise sollte der wirtschaftlichen und militärischen Stärke begegnet werden, die der Westen aus seinen engen Kontakten zu den Entwicklungsländern bezog. Überdies hoffte die Sowjetunion auf strategische und wirtschaftliche Geländegewinne, um sich aus ihrer politischen Isolation zu befreien und auf dem internationalen Parkett als echte Supermacht aufzutreten.

Chruschtschow vertrat zur doktrinären Absicherung seiner neuen Politik die Annahme, die Welt teile sich in eine Zone des Friedens und eine des Kriegs. Dabei war der Begriff der »Friedenszone« so weit gefasst, dass die Sowjetunion sich auch den eher kapitalistisch orientierten Staaten der Dritten Welt annähern konnte – sofern deren Interessen und politisches Kalkül nur den sowjetischen Absichten nahe genug kamen. In diesem Sinne durften die Sowjets auch die noch kaum entwickelte Bewegung der Blockfreien als Partner begrüßen: »Der Kampf der Nationen Asiens und Afrikas gegen jede Form kolonialer Herrschaft und wirtschaftlicher Abhängigkeit findet das volle Verständnis der Völker der Sowjetunion«, unterstrich der stellvertretende Außenminister Wassili W. Kusnetzow am Vorabend der Bandung-Konferenz. Chruschtschow hatte auf einer geheimen Sitzung des KP-Zentralkomitees die Entwicklungsländer zum entscheidenden Schauplatz der Ost-West-Konkurrenz erklärt.⁸

8 David J. Dallin, *Soviet Foreign Policy after Stalin*, Philadelphia 1961, S. 286–306; siehe auch Neil MacFarlane, *Successes and Failures in Soviet Policy Toward the Third World, 1917–1985*, in: *The USSR and Marxist Revolutions in the Third World*, New York 1990, S. 60–61. Das Zitat stammt aus der Arbeit von Dallin, S. 299.

Damit erhielt die sowjetische Politik freie Hand, sich Freunde und Verbündete in der Dritten Welt zu suchen und ihre allgemeinen Ziele in der Ära des Kalten Kriegs zu verfolgen. Viele Regime der Dritten Welt hatten längst Gefallen an den marxistisch-leninistischen Rezepten gefunden. Dies und die offensichtlichen Erfolge der sowjetischen Entwicklungshilfe bedeuteten wiederum für die Sowjetunion eine wichtige ideologische Bestätigung – eine grundsätzliche Bekräftigung des sowjetischen sozialen Experiments und eine Stärkung des Weltmachtstatus der Sowjetunion. Zugleich konnte auf diese Weise der Anspruch des Westens, gut meinender Wohltäter der Entwicklungsländer zu sein, in Frage gestellt werden.

Die Experten der amerikanischen Regierung kamen zu ganz ähnlichen Schlüssen – und zeigten sich sehr besorgt. Mitte bis Ende der 1950er Jahre unternahmen die USA unter Präsident Dwight D. Eisenhower erhebliche Anstrengungen, um der sowjetischen »Wirtschaftsoffensive« in der Dritten Welt entgegenzuwirken. Dass der Marxismus-Leninismus und die Kommandowirtschaft nach sowjetischem Vorbild bei den nationalen Führungen in Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Mittleren Osten so viel Anklang gefunden hatten, bereitete Eisenhower und seinen Beratern besonderes Kopfzerbrechen.⁹

Damals schien die Sowjetunion im Kampf um die Loyalität der entstehenden postkolonialen Gesellschaften der Dritten Welt auf vielen Gebieten im Vorteil. Antikoloniale und antiwestliche Haltungen waren weit verbreitet, es gab zahlreiche, erbittert ausgetragene regionale Konflikte, und überall strebte man vor allem nach rascher wirtschaftlicher Entwicklung – günstige Voraussetzungen für die sowjetischen Offerten. Überdies machte es auf die Architekten der Dritte-Welt-Entwicklungen großen Eindruck, wie die Sowjetunion im Zeitraum von kaum einer Generation zu einer militärisch-industriellen Großmacht aufgestiegen war. Auch hatten sich die Sowjets in keiner Weise für das so bedeutende Problem kolonialer Vergangenheiten zu verantworten, die für die westlichen Mächte eine belastende Hypothek darstellten. Die anhaltenden Versuche der USA, den Sowjetkommunismus als ein besonders despotisches und brutales System zu brandmarken, verfielen bei Völkern wenig, die ihre Erfahrungen mit der Kolonialherrschaft und dem Neokolonialismus europäischer Mächte für deutlich tyrannischer und grausamer erachteten.

9 Mehr zu diesen Fragen bietet der Aufsatz von Robert J. McMahon, *The Illusion of Vulnerability. American Reassessments of the Soviet Threat*, in: *International History Review*, 18 (August 1996), S. 591–619.

Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre gewann die sowjetische Führung die Überzeugung, die Dritte Welt werde zwangsläufig eine zunehmend antikapitalistische und antiimperialistische Haltung einnehmen. Die Hoffnung auf diese ideologisch günstige Entwicklung bewirkte eine erhebliche Zunahme des sowjetischen Engagements. Besonders deutlich zeigte sich Moskaus Aktivismus Mitte und Ende der 1970er Jahre in den offenen Interventionen am Horn von Afrika und in Angola. Dem globalen Entspannungsprozess schaden diese Aktivitäten, riefen sie doch neue Spannungen zwischen den Supermächten hervor.

Das Glaubwürdigkeitssyndrom

Dass sich sowohl die USA als auch die Sowjetunion in geradezu obsessiver Weise immer wieder in die heißen Kriege einmischten, die während der gesamten Ära des Kalten Kriegs die Dritte Welt erschütterten, hatte noch einen weiteren Grund: Beide Seiten plagten sich mit einer Art Glaubwürdigkeitsproblem. Die Forschung hat die Fixierung der USA auf ihre Glaubwürdigkeit in der Nachkriegszeit schon häufig behandelt. Neuere Studien zeigen, dass offenbar auch die Sowjetunion ihr Glaubwürdigkeitsproblem hatte. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, der im Dezember 1979 eine der folgenschwersten Militärinterventionen einer Supermacht während des Kalten Kriegs einleitete und 50000 sowjetischen Soldaten und über 1,2 Millionen Afghanen das Leben kostete, hatte vermutlich weniger mit konkreten Zielen als vielmehr mit dem Bedürfnis der sowjetischen Führung zu tun, Entschlossenheit und Stärke zu demonstrieren. Leonid Breschnew und seine Berater fühlten sich damals gezwungen, auf einen antikommunistischen Staatsstreich in einem Land zu reagieren, das seit langem als Teil des sowjetischen Machtbereichs galt. Schwach und unentschlossen zu erscheinen hätte Zweifel unter den eigenen Verbündeten wecken und die Feinde ermutigen können – also galt ein Militärschlag als die weit bessere Lösung.¹⁰

Ähnliche Erwägungen hatten Washington einst zu der Entscheidung geführt, in Korea und später in Vietnam zu intervenieren. Amerikanische Staatsmänner betonten während des Kalten Kriegs immer wieder, man müsse selbst in entlegenen Gebieten Stärke und Bündnistreue zeigen, um Feinde abzuschrecken und Verbündete zu beruhigen. Zeichen von

10 Siehe dazu Odd Arne Westad, *The Road to Kabul. Soviet Policy on Afghanistan, 1978–1979*, in: Odd Arne Westad (Hg.), *The Fall of Détente. Soviet-American Relations during the Carter Years*, Oslo 1997, S. 118–148.

Schwäche an der Peripherie könnten die Gegner ermutigen und die Partner verunsichern.

Glaubwürdigkeit, das sollte man nicht vergessen, ist ein psychologisches Phänomen, ein Konstrukt, das im schwer fassbaren Feld kognitiver Prozesse wurzelt. Letztlich erweist sich die Glaubwürdigkeit von Worten und Taten einer Macht nur in der Einschätzung durch andere Staaten: Glaubwürdig zu sein bedeutet, dass andere die Drohungen und Versprechungen ernst nehmen und ihr Verhalten entsprechend ausrichten. Will sich ein Staat erfolgreich durchsetzen, muss er kraft seiner Glaubwürdigkeit die Wahrnehmungen wie Überzeugungen anderer Staaten beeinflussen. In den Jahren des Kalten Kriegs gingen die US-Strategen dieser Logik entsprechend vor allem davon aus, dass alle wichtigen Akteure im Weltgeschehen beständig die Entscheidungen der amerikanischen Außenpolitik verfolgten und daraus ihre Schlüsse auf Amerikas Stärke, Entschlossenheit und Verlässlichkeit – sowie sein künftiges Verhalten – zogen. Also war es der US-Führung außerordentlich wichtig, in Äußerungen und Entscheidungen stets klare Zeichen zu setzen. Selbst in Regionen von minderer wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung durfte nie der Eindruck von Unentschlossenheit oder Schwäche entstehen, weil jede Beeinträchtigung der amerikanischen Glaubwürdigkeit die Verbündeten wie die Gegner dazu veranlassen konnte, in entscheidenden Weltgegenden Schritte zu unternehmen, die den USA schaden. Im Zeitalter der atomaren Bedrohung hätten solche Fehleinschätzungen katastrophale Folgen haben können. So wie diese Weltsicht bestimmt war vom unauflöslichen Zusammenhang der Verpflichtungen, Interessen und Bedrohungen, musste allerdings jedes Gebiet auf der Welt als tendenziell unverzichtbare Interessensphäre der USA gelten. Der Politologe Robert Jervis hat auf den Folgeeffekt hingewiesen, dass damit »kleine Probleme oft große Schatten werfen, weil sie trotz ihrer geringen Wichtigkeit als Testfall für eine grundsätzlich entschlossene Haltung erachtet werden«.¹¹

Amerika wollte seine globale Vormachtstellung beweisen und fühlte sich gehalten, immer wieder Stärke und Verlässlichkeit zu demonstrieren. Zwischen den beiden Impulsen besteht offensichtlich eine enge Verknüpfung. Dass die Regierungen der USA sich auf diese Form der Verbindung von direkten und indirekten Erfordernissen für die Stellung ihres Landes in der Welt verpflichteten, könnte einen Ansatz zur Erklärung von zwei Paradoxien in der Ära des Kalten Kriegs bieten: dass sich

11 Robert Jervis, *The Meaning of the Nuclear Revolution. Statecraft and Prospect of Armageddon*, Ithaca, NY, 1989, S. 39.

nämlich Krisen zumeist in Gebieten entwickelten, die fast ohne Bedeutung für die Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der USA schienen, und dass den Regierungsvertretern die konkreten Streitpunkte häufig kaum wichtiger waren als Macht und Ansehen der Vereinigten Staaten – beide Aspekte galten also offenbar als gleichrangig.

Ein für diese Haltung instruktives Beispiel ist der Koreakrieg. Den Angriff Nord-Koreas erklärte die US-Regierung unter Harry S. Truman sofort zu einer ernststen Bedrohung der Glaubwürdigkeit ihres Landes. Natürlich fürchtete man in erster Linie das so genannte München-Syndrom: Ein Erfolg in Korea hätte die Sowjetunion ermutigen und die Abwehrkräfte der USA gegen neue sowjetisch gestützte Attacken schwächen können. Wer Schwäche zeigt, fordert weitere Aggression heraus. »Wenn wir Korea im Stich lassen«, erklärte Präsident Truman am Tag nach dem nordkoreanischen Vormarsch in einer Sitzung mit seinen engsten Beratern, »dann werden sich die Sowjets Asien Stück für Stück einverleiben [...]. Und wenn wir Asien aufgeben, wird der Nahe Osten fallen, und wer weiß, wie es dann in Europa weitergeht.«¹² Korea sei strategisch eher unbedeutend, aber »als Symbol der Stärke und Entschlossenheit des Westens [...] unverzichtbar«, meinte auch Außenminister Dean Acheson. Eine zu schwache Reaktion auf die sowjetisch gestützte Invasion werde zu »neuen Aggressionen in anderen Gebieten« ermutigen und die »Länder am Rande der sowjetischen Einflussphäre« demoralisieren.¹³

Die Truman-Regierung sorgte sich auch um die möglichen Folgen bei den Alliierten in Europa und Asien und nicht zuletzt bei jenen Nationen, die Bereitschaft zur Kooperation mit den USA signalisierten, aber noch keine Entscheidung getroffen hatten. Am Tag des nordkoreanischen Einmarschs erklärten die Geheimdienstexperten des Außenministeriums, ein Sieg der Sowjetunion in Korea werde »dem Ansehen der USA in Westeuropa erheblichen Schaden zufügen. Wenn ein kleiner Satellitenstaat der Sowjetunion sich ein militärisches Abenteuer erlauben und die Macht und Entschlossenheit der USA auf die Probe stellen darf, dann werden viele Europäer diese Macht und Entschlossenheit ernsthaft in Zweifel ziehen müssen«. Den Vorstoß der Nordkoreaner in das Gebiet südlich des 38. Breitengrades unbeantwortet zu lassen hätte nach Meinung der US-Regierung weltweit katastrophale Folgen gehabt – vor allem in den Beziehungen zu den NATO-Verbündeten und zu Deutsch-

12 Zit. nach Melvyn P. Leffler, *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration and the Cold War*, Stanford, CA, 1992, S. 366.

13 Zit. nach William W. Stueck, *The Korean War. An International History*, Princeton, NJ, 1995, S. 43.

land wie Japan. Das Außenministerium gab außerdem zu bedenken, dass »die Völker Südostasiens den Eindruck gewinnen würden, der Vormarsch der Sowjetunion sei unaufhaltsam, und darum versucht sein könnten, noch rechtzeitig auf die Seite der Sieger zu wechseln.«¹⁴

Ebenso deutlich zeigte sich diese Haltung im Vietnamkonflikt – dem neben Korea und Afghanistan wichtigsten Fall direkten Eingreifens einer Supermacht in einen Krieg der Dritten Welt. Außenminister Dean Rusk lieferte sich im Januar 1965, während einer geheimen Anhörung zur Vietnampolitik, einige Redeschlachten mit den Mitgliedern des Senatsausschusses für Außenpolitik und ließ dabei keinen Zweifel an der zentralen Stellung der Glaubwürdigkeitsfrage in den Überlegungen der Regierung. Dean Rusk beklagte die Zurückhaltung der Alliierten bei der Unterstützung der USA in Vietnam und gab zu bedenken, es handele sich keineswegs um einen begrenzten Konflikt in Südostasien. Obwohl Vietnam ein wichtiger Schauplatz der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus und der »freien Welt« sei, fehle es den USA bei dem Versuch, ihren Bündnispflichten in der Region nachzukommen, an Rückendeckung – man müsse erleben, dass »ganz deutlich mit zweierlei Maß gemessen wird«. »Wir haben 42 Bündnispartner«, erklärte der Außenminister, »aber nicht allen erscheint Südostasien von Bedeutung, und nicht alle zeigen sich erfreut über unser ernsthaftes Engagement in der Region.« – »Ich bin jedoch überzeugt«, fuhr er fort, »dass ein Rückzug aus diesem Bündnis unsere Verpflichtungen in anderen Teilen der Welt fragwürdig erscheinen lassen und das Vertrauen unserer Partner schwer belasten würde.«

Den NATO-Partnern, die nicht bereit waren, im Kampf der USA gegen den kommunistischen Vormarsch in Südostasien konkrete Hilfe zu leisten, traute die US-Regierung also zu, dass sie sich sofort über mangelnde Entschlossenheit der westlichen Führungsmacht beklagen würden, sollte Amerika der von ihnen geforderten Verhandlungslösung in Vietnam zustimmen. Dean Rusk war überzeugt, dass ein Zurückweichen der USA in Indochina Zweifel an der Bündnistreue gegenüber der NATO wecken musste: »Man darf wohl annehmen, dass der Rückzug aus irgendeiner unserer Verpflichtungen in Südostasien überall in der freien Welt schwere Bedenken bezüglich unserer Entschlossenheit im Fall einer ernststen Bedrohung stiften würde.« Zum Beleg für diese Haltung verwies er auf Kuba: Noch bis ein Jahr vor der Raketenkrise von 1962 hätten sich »unsere NATO-Verbündeten für Kuba nicht im Geringsten interes-

14 Prognose des Geheimdiensts des Außenministeriums vom 25. Juni 1950, in: Foreign Relations of the United States, 1950, Vol. 7, Washington, DC, 1976, S. 154.

siert. Nach der Raketenkrise wurde aber deutlich, dass unsere Bündnistreue gegenüber der NATO stark in Zweifel geraten wäre, falls wir den Sowjets erlaubt hätten, ihre 72 Mittel- und Langstreckenraketen auf Kuba zu stationieren. Ich habe solche Äußerungen von vielen Vertretern der NATO-Staaten gehört.«¹⁵

Damals vertraten führende US-Regierungsvertreter – mit großem Nachdruck, wenngleich nicht immer mit überzeugenden Argumenten – aber auch die Ansicht, die Europäer und andere Partner erwarteten, trotz gegenteiliger Beteuerungen, von den USA die Fortsetzung des Kampfes in Südostasien. Dean Rusk argumentierte, ein überstürzter Rückzug aus Vietnam müsse von den Verbündeten als Hinweis gelesen werden, dass die USA auch zu anderen Verpflichtungen nicht unbedingt stehen würden. Dabei verwies er seltsamerweise wiederholt auch auf Frankreich, den schwierigsten NATO-Partner: »Wenn wir abziehen würden, wäre de Gaulle der Erste, der erklärte: Ich habe immer gesagt, dass man sich auf Sicherheitsabkommen mit den USA nicht verlassen kann.«¹⁶ Genauso sah es auch US-Präsident Lyndon B. Johnson. In einer Unterredung mit dem stellvertretenden Außenminister George Ball stellte er im Juni 1965 fest: »Die Europäer hätten ein großes Problem, wenn wir ihren Wünschen folgen und uns aus Vietnam zurückziehen würden.«¹⁷

Das atomare Gleichgewicht

Seit jeher haben sich große Mächte Sorgen um ihr Image und die möglichen Folgen einer schlechten Reputation gemacht. Aber während des Kalten Kriegs kamen im internationalen System einige Besonderheiten zusammen, die der in Entscheidungsprozessen einer Großmacht stets wirksamen psychologischen Komponente übergroßes Gewicht verliehen. Die Atomwaffen spielten dabei sicherlich die entscheidende Rolle.

15 Zeugenaussage Rusk, 8. Januar 1965, in: U.S. Foreign Relations Committee, Vol. 17, Washington, DC, 1982, S. 100.

16 Zit. nach Philip Geyelin, Lyndon B. Johnson and the World, New York 1966, S. 122.

17 Zit. nach Frank Costigliola, The Vietnam War and the Challenge to American Power in Europe, in: Lloyd C. Gardner/Ted Gittinger (Hg.), International Perspectives on Vietnam, College Station, 2000, S. 146–147. Mehr zu den hier angesprochenen Problemen findet sich in Robert J. McMahon, Credibility and World Power. Exploring the Psychological Dimension in Postwar American Diplomacy, in: *Diplomatic History*, 15 (Herbst 1991), S. 455–471.

Sie bedrohten die Sicherheit aller Nationen und bewirkten damit ein grundsätzliches Umdenken in den Führungszirkeln der Staaten – das ist in zahllosen Werken der Sozialwissenschaft überzeugend dargelegt worden. Durch die stets gegenwärtige nukleare Bedrohung gewannen psychische Faktoren an Bedeutung. Kaum jemand hielt einen Atomkrieg für realistisch, umso wichtiger wurden auf allen Seiten Symbole, Überzeugungen und Außendarstellung.¹⁸

Im Atompoker des Kalten Kriegs war Sicherheit nur zu gewinnen, indem man Vermutungen über die Vorstellungswelt der Gegenseite anstellte. Die NATO-Partner verließen sich auf den nuklearen Schutzschirm der USA gegen die Sowjetunion, doch zum Missvergnügen der amerikanischen Diplomatie hielt sie diese Abhängigkeit nicht davon ab, der Verlässlichkeit der Vereinigten Staaten mit einer gesunden Portion Skepsis zu begegnen. Dass die USA fast zwanghaft um ihre Glaubwürdigkeit bemüht waren, mag also nicht zuletzt mit der Nötigung zu tun haben, sich ständig als treuer Verbündeter zu beweisen, der seine Freunde nie im Stich lassen würde. Und das Problem wurde natürlich verschärft durch die geographische Distanz zwischen Nordamerika und Westeuropa: Der US-Führung musste jede der weltweiten Krisen auch als eine Gelegenheit erscheinen, den notorisch skeptischen NATO-Partnern zu zeigen, dass man sich auf Amerika verlassen konnte.¹⁹

Die US-Strategie der Abschreckung im Kalten Krieg war also nicht zu trennen vom Problem der Glaubwürdigkeit. In Washington galt es als ausgemacht, dass eine entschlossene Haltung in der Dritten Welt, und sei es in einer Region geringer wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung, stets zugleich eine Warnung an die Sowjetunion und ein Signal an die Verbündeten sei. Immer wollte man zeigen, dass die USA auf jede Bedrohung reagierten und allen ihren Verpflichtungen nachkämen. Letztlich waren in der Nuklearstrategie der USA die psychologischen Aspekte entscheidend: Es ging darum, die Vorstellungen anderer von Amerika als Gegner und Verbündetem richtig einzuschätzen. Und davon dürften auch die meisten, wenn nicht alle Interventionen der USA in der Dritten Welt bestimmt gewesen sein.

Über die Details der sowjetischen Entscheidungsfindung wissen wir weniger, doch es spricht alles dafür, dass man – aus den gleichen Grün-

18 Siehe dazu Robert Jervis, *The Illogic of American Nuclear Strategy*, Ithaca, NY, 1984; ebenso ders., *The Meaning of the Nuclear Revolution*; sowie Michael Mandelbaum, *The Nuclear Revolution. International Politics before and after Hiroshima*, New York 1981.

19 Vgl. Jervis, *The Meaning*; sowie McMahon, *Credibility and World Power*.

den – auch in Moskau dem Auftritt als Weltmacht und den entsprechenden Symbolen große Bedeutung beimaß. Auch die Sowjetunion führte ein Bündnissystem, und seit Ende der 1950er Jahre war ihr in China ein ernsthafter Konkurrent um die Gunst der Militärpartner und der aufständischen revolutionären Bewegungen erwachsen. Also sah auch sie sich genötigt, Entschlossenheit zu zeigen, wo immer sich die Gelegenheit bot – und das war vor allem in der Dritten Welt. Chruschtschow »hatte begriffen, wie wichtig die Glaubwürdigkeit war«, schreibt John Gaddis. »Er wusste, dass er der Gegenseite keinen Anlass bieten durfte, an seiner Entschlossenheit zu zweifeln. Er teilte die Auffassung [Eisenhowers], Psychologie habe mehr Einfluss auf die Gestaltung der Weltpolitik als die Techniken des Machtgleichgewichts: So wichtig die Zahl und Stärke der Waffen sein mochte, noch bedeutsamer waren die Ängste und Hoffnungen in den Köpfen der Menschen.«²⁰ Chruschtschow führten solche Überlegungen zu seiner gefährlichsten Entscheidung: Im Sommer 1962 verfügte er den verdeckten Transport von Atomraketen nach Kuba. Der sowjetischen Führung sei es damals »um ein deutliches Zeichen gegangen, das Washington daran erinnern sollte, die Militärmacht des Kremls zu respektieren«, heißt es dazu in einer Studie von Aleksandr Fursenko und Timothy Naftali. »Außerdem ging es darum, Castro durch diese Aktion persönlich und nachdrücklich zu versichern, dass die Sowjetunion bereit war, seine Revolution zu verteidigen.«²¹ Chruschtschow fürchtete vor allem die verheerenden Folgen für das weltweite Ansehen der Sowjetunion: Castro im Stich zu lassen, hätte den Kreml als den sprichwörtlichen »Papiertiger« entlarvt.

Die Rolle der Europäer und der Dritten Welt

In Washington und Moskau glaubte man, in der Dritten Welt um hohe Einsätze zu spielen – das eröffnete dritten Parteien die Chance, das System des Kalten Kriegs zu nutzen, um eigene Ziele zu verfolgen. Von dieser Möglichkeit machten die europäischen Mächte ebenso geschickt Gebrauch wie die Staatsführer und die aufständischen Bewegungen der Dritten Welt. Schon in den ersten Nachkriegsjahren wurden die neuen Spielregeln deutlich, als Unabhängigkeitsbewegungen gegen die Fortfüh-

20 John Lewis Gaddis, *We Now Know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997, S. 235.

21 Zit. nach Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali, »One Hell of a Gamble«. Krushchev, Castro and Kennedy, 1958–1964, New York 1997, S. 183.

rung der Kolonialherrschaft in Ostindien, Indochina und Malaya antraten. Die Niederlande und Frankreich – unverzichtbare Partner der USA im Kalten Krieg, innerhalb der NATO und beim Marshall-Plan – versuchten, die lokalen Aufstände als das Werk moskautreuer kommunistischer Extremisten darzustellen. Man hoffte auf diplomatische und materielle Unterstützung durch die USA, die zunächst um Neutralität bemüht waren. Indem die alten Kolonialmächte ihre Interessen in den Kategorien des Ost-West-Konflikts formulierten, stiegen ihre Chancen auf Rückendeckung aus Washington. Doch auch die Befreiungsbewegungen nutzten die neuen Möglichkeiten: Sie traten gegen die Propaganda der Kolonialstaaten an und versuchten, sich als gemäßigte, verlässliche und prowestliche Alternative zum Kommunismus zu verkaufen – den Führern der indonesischen Unabhängigkeitsbewegung gelang dieses Manöver perfekt.²²

Dass Sukarno und seine Anhänger tatsächlich antikommunistisch eingestellt waren, gab den Ausschlag – die Niederlande hatten das Nachsehen. Frankreich dagegen erhielt die gewünschte Unterstützung durch die USA, weil die Bewegung von Ho Chi Minh eindeutig prokommunistisch war. Von 1950 bis 1954 stützten die Amerikaner alle französischen Militärexpeditionen gegen die kommunistisch geführte Vietminh-Bewegung. Ho Chi Minh zog daraus den Schluss, Hilfe nur noch von China und der Sowjetunion zu erbitten. Damit war ein Kolonialkrieg zum Stellvertreterkrieg im Ost-West-Konflikt geworden. Ohne die Einmischung der Großmächte hätte der erste Indochina-Krieg sehr wahrscheinlich nicht mehr lange gedauert: Frankreich konnte sich diesen Krieg nicht länger leisten und war schon bereit, sich ins Unvermeidliche zu fügen. In Indonesien der umgekehrte Fall: Zweifellos wäre der antikoloniale Kampf blutiger und langwieriger verlaufen, wenn nicht die USA Druck auf die Niederlande ausgeübt und sie zum Kompromiss mit den gemäßigten indonesischen Nationalisten genötigt hätten. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Kalte Krieg nachhaltige Wirkungen zeitigte, was Verlauf wie Resultat von Konflikten anlangt, deren Ursprünge nichts mit ihm zu tun hatten.

Auch Frankreichs anschließende Bemühungen um US-Unterstützung bei der Verteidigung seiner nordafrikanischen Gebiete scheiterten, obwohl es an Versuchen wahrlich nicht gefehlt hatte. Tatsächlich schürten die Politiker in Paris neuerlich amerikanische Ängste vor dem Kommunismus, um sich der nötigen Hilfe für den Versuch zu versichern, den Zu-

22 Vgl. Robert J. McMahon, *Colonialism and Cold War. The United States and the Struggle for Indonesian Independence, 1945–49*, Ithaca, NY, 1981.

griff auf die imperialen Besitzungen zu sichern. Der Algerienkrieg, von Ende der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre, wurde eine der blutigsten und kostspieligsten Auseinandersetzungen der weltweiten Dekolonisierung: Er forderte über eine halbe Million Opfer. Von Anfang an hatten Franzosen wie Algerier die Möglichkeiten im Bezugsrahmen des Kalten Kriegs für ihre jeweiligen Ansprüche zu nutzen gesucht, was im Resultat zur frühen Internationalisierung des Kriegs führte. »Wie de Gaulle und Bidault zuvor«, bemerkt Matthew Connelly, »konnte die FNL die Sowjets gegen die Amerikaner ausspielen, um in diesem Fall Washington dazu zu bringen, Druck auf Frankreich auszuüben.«²³

1956 ließ Robert Murphy, Staatssekretär im US-Außenministerium, im Gespräch mit einem französischen Diplomaten in ungewöhnlich deutlicher Form wissen, dass die Vereinigten Staaten mit Frankreichs Absicht sympathisierten, die algerische Befreiungsbewegung niederzukämpfen. »Wenn ihr wirklich glaubt, das Problem mit Gewalt lösen zu können – wir lassen euch freie Hand. Aber ihr müsst rasch zum Erfolg kommen, dann wird euch niemand für ein zu hartes Vorgehen zur Rechenschaft ziehen. Dauert die Befriedung zu lange, dann müsst ihr die notwendigen Kompromisse eingehen.«²⁴ Als sich abzeichnete, dass es Frankreich nicht gelang, die algerische Befreiungsbewegung, die für viele Staaten Asiens und Afrikas längst zum Symbol des antikolonialen Kampfes geworden war, zu zerschlagen, wechselte die Politik der USA ihren Kurs. Ende der 1950er Jahre begann die Eisenhower-Regierung, Frankreich zur Beendigung des aussichtslosen Kampfes gegen einen Feind zu nötigen, der mit militärischen Mitteln nicht zu schlagen war. In Washington hatte man erkannt, dass es dem Ansehen der USA in der Dritten Welt (und damit ihren übergeordneten Zielen im Kalten Krieg) schaden musste, sich zu sehr hinter die Interessen einer europäischen Kolonialmacht zu stellen. Die Sowjetunion hatte die Gelegenheit genutzt, sich als die wahre Schutzmacht der antikolonialen Bewegungen zu präsentieren, und für die FLN und gegen Frankreich Partei ergriffen. Auch in diesem heißen Krieg ist der Einfluss des Kalten Kriegs also unübersehbar.

In vielen anderen Dekolonisierungskonflikten – vom Kongo bis Jamaika, von Angola bis Moçambique – bot die übergreifende und internationale Wirklichkeit eines bipolaren Konfliktes zwischen Ost und West sowohl den Kolonialmächten als auch den nationalen Befreiungsbewegungen Gelegenheit, ihre jeweilige Position zu stärken. Im Angola-

23 Matthew Connelly, *A Diplomatic Revolution. Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era*, New York 2002, S. 65.

24 Ebenda, S. 101.